

Die Treuhand – die Gewerkschaften – der Widerstand in Betrieben 1990 und danach. Tagung in Berlin

Günter Benser

Der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft für die Durchführung einer gemeinsamen Tagung gewonnen, die sich mit fast in Vergessenheit geratenen, nunmehr zwei Jahrzehnte zurückliegenden Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt der neuen Bundesländer befasste. Auslöser dieser Kämpfe war die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Treuhandanstalt. Dabei interessierte vor allem – wie im Tagungsthema angedeutet – das Spannungsverhältnis zwischen den für die ostdeutsche Wirtschaft ruinösen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung mit ihrem Vollzugsorgan Treuhand und den sich zu Widerstand aufraffenden ostdeutschen Betriebsbelegschaften. Zwischen diese beiden Pole gerieten die Überreste des FDGB und die einrückenden Funktionäre des DGB beziehungsweise seiner Einzelgewerkschaften, weshalb deren Positionierungen und Aktivitäten in besonderem Maße interessierten.

Die Vorsitzende des Fördervereins *Ulla Plener* (wie die folgenden Berlin), deren Initiative und Drängen das Zustandekommen dieser am 2. April 2011 durchgeführten Tagung in erster Linie zu verdanken ist, eröffnete die Verhandlungen mit dem Verweis auf die Bedeutung und Aktualität ihrer Thematik, die von kompetenten Wissenschaftlern und sachkundigen Zeitzeugen gemeinsam erörtert werden sollte. Dies geschah in zwei Abteilungen. Die erste befasste sich mit Treuhand, Gewerkschaften und bundesdeutscher Demokratie, die zweite mit Widerstand in DDR-Betrieben, vor allem mit der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte.

Die Diskussionsgrundlage der ersten Abteilung lieferten drei Referate. *Klaus Steinütz*, Professor für Ökonomie, Wirtschafts- und Strukturpolitik, trug seine Sicht auf die Treuhandanstalt vor und ging auf die Ergebnisse ihres Tuns ein. Während Selbsteinschätzungen von einer Erfolgsgeschichte sprechen, machen kritische Wissenschaftler diese Institution in erster Linie für die Absturz der ostdeutschen Industrie und deren nachhaltige Folgen verantwortlich. Dies offenbart sich nicht zuletzt bei einem Vergleich mit den Transformationsprozessen in anderen ehemals planwirtschaftlichen Ländern des RGW. Obwohl dort in der Regel niedrigere

Standards als in der DDR gegeben waren und weniger Investmittel zur Verfügung standen, sind weit mehr eigene Potenziale erhalten geblieben. Dies erklärt sich wesentlich daraus, dass sich mit der Anschlusspolitik, mit Währungsunion und Überstülpen der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung auf die neuen Bundesländer, und zwar zuzeiten einer neoliberalen Offensive, in besonderem Maße von außen eindringende Kapitalinteressen durchsetzten. Diese zielten nicht primär auf die Erhaltung und Erneuerung ostdeutscher Industriekapazitäten, sondern vor allem auf Übernahme regionaler Absatzmärkte sowie Exportlinien, auf Beseitigung unerwünschter Konkurrenz und auf Erschließung von Vermögensanlagen zu Tiefstpreisen. Steinitz wies die Behauptung zurück, dass diese Entwicklung wegen des maroden Zustandes der DDR-Wirtschaft alternativlos gewesen sei.

Im Laufe der Tagung wurde so mancher Nachweis erbracht, dass Praktiken zu Gange waren, die nicht anders als kriminell bezeichnet werden können. Die Endbilanz dieser Institution spricht Bände: Tausende Betriebe, Immobilien, Liegenschaften, Grund und Boden wurden mit einem Verlust von 250 Milliarden DM verramscht. Nicht zufällig war dies jene Zeit, in der in Westdeutschland manche Vermögen beispiellos in die Höhe schossen, wie in der Diskussion vermerkt wurde. In diesem Zusammenhang wird wohl auch die Rolle des ermordeten Treuhand-Chefs Detlev Rohwedder nochmals zu hinterfragen sein. Dass es auch anerkanntswerte Bemühungen mancher Mitarbeiter der Treuhandanstalt gegeben hat, vermag das Gesamtbild nur partiell zu bessern.

Dieter Scholz, der das 1991 geschaffene Verbindungsbüro der westdeutschen IG Metall zur Treuhandanstalt leitete – über eine vergleichbare Einrichtung verfügte nur noch die IG Chemie – berichtete als Zeitzeuge über seine damaligen Aktivitäten und Erfahrungen. Dank seiner Kontakte zu Abteilungen der Treuhandanstalt, zu Landesregierungen, Banken, Gewerkschaften, Betriebsleitungen und Belegschaften verfügt er über tiefe Einblicke in die Geschehnisse. Er unternahm den Versuch, mehrere Entwicklungsphasen herauszuarbeiten. Als sein Verbindungsbüro ins Leben gerufen wurde, lief die von der Treuhandanstalt forcierte Privatisierung auf Hochtouren, während gewerkschaftliche Strukturen der Gegenwehr fehlten oder sich erst im Aufbau befanden. Und es war offenbar beabsichtigt, die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft in einem gewerkschaftsfreien Raum voranzutreiben, in dem nicht einmal die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zur Geltung kamen. Viel mehr als soziale Abfederungen der Entlassungswellen vermochten da aus Westdeutschland angetretene Gewerkschaftsfunktionäre nicht zu errei-

chen. Vertreter des DGB nahmen unterschiedliche Interessen wahr. Manche Funktionäre sahen die Gefahr, dass eine belastende Transferökonomie entsteht, wenn in den neuen Bundesländern zu viele industrielle Kapazitäten verloren gehen. Nicht selten überwog indes die Vertretung der Anliegen des eigenen Klientels das solidarische Miteinander. Scholz schätzte ein, dass von den Gewerkschaften der historische Gesamtkontext – auch in den alten Bundesländern war ja der Vorstoß des Neoliberalismus mit Privatisierungen am Zuge – nicht erkannt worden sei. Gerade die Rolle der Gewerkschaften sollte sich auf dieser Tagung als besonders diskussionswürdig erweisen, worauf noch einzugehen sein wird.

Jörg Roesler, Professor für Wirtschaftsgeschichte, ging der Frage nach, wie es um die demokratische Legimitation der Treuhandanstalt bestellt war. Er analysierte Dimension und Qualität von Widerstand ostdeutscher Belegschaften und Interessenvertretungen. Er zitierte Stimmen, die seinerzeit Begriffe wie „Nebenregierung“, „Imperium Rohwedder“, „Allmacht“ der Treuhand geprägt haben und wies nach, dass diese Institution außerhalb – eigentlich oberhalb – verfassungsgemäßer demokratischer Prozedere agierte. Es gab keine Kontrolle auf dem Wege des Budgetrechtes, keinen kontrollierenden Bundestagsausschuss, vorgesehene Rechte der Länder blieben ausgespart, Arbeitnehmerrechte kamen nicht zur Geltung. Da es keine Gremien der Konfliktaustragung gab, blieb nur der außerparlamentarische Protest. Der Referent konnte sich auf statistische Erhebungen von Sozialwissenschaftlern berufen, die belegen, dass gemessen an der Bevölkerungszahl im internationalen Vergleich einiger Transformationsländer der Protest in Ostdeutschland am stärksten und in den Formen am radikalsten war.

Thematischer Mittelpunkt der zweiten Abteilung war der Widerstand, erörtert von einem Podium, dessen Teilnehmer seinerzeit in der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte mitgewirkt hatten. *Judith Dellheim* berichtete über das Zustandekommen und die Aktivitäten dieser Initiative – vor allem über Betriebsrätekonferenzen und Aktionstage – mit dem Erfahrungshorizont der auf Betriebsarbeit konzentrierten Funktionäre der PDS. Hier klang auch an, welche inneren Kontroversen oder Vereinnahmungsversuche die Abwehrkämpfe beeinträchtigten. *Constanze Lindemann*, die 1993 zu dieser Bewegung stieß, brachte Erfahrungen der Gewerkschaft Medien und Kunst ein. Anders als der DGB und manche Industriegewerkschaften gingen viele Funktionäre aus dem Bereich Medien auf ihre ostdeutschen Kollegen zu, auch weil sie sich bewusst waren, dass der in den neuen Bundesländern in Gang gesetzte Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Rechte und Standards auch in den Bundes-

ländern durchschlagen wird. Wie die Konfrontation des Volkseigenen Gutes Pflanzenproduktion in Langenstein mit Treuhandanstalt und Alteigentümer verlief, verdeutlichte der frühere Direktor dieses Gutes *Werner Kropf* (Wernigerode). Er trat weniger als Zeuge aktiven Widerstandes auf, sondern stellte vor allem die verantwortungsbewusste Nutzung der neuen Gegebenheiten im Interesse der Beschäftigten dieses Gutes vor, was selbstverständlich Rückgrat gegenüber der neuen Obrigkeit erforderte. *Brigitte Schmidt* (Hennigsdorf), aus den Strukturen des FDGB kommend, berichtete über die Schicksale der Belegschaften dreier durch die Machenschaften der Treuhandanstalt betroffener Betriebe: Kunstblume Sebnitz, Möbelwerke Zeulenroda und die in Neuheim bei Jüterbog angesiedelte, von Flüchtlingen und Umsiedlern aus Gablonz (Jablonec) betriebene Herstellung von Schmuck- und Bijouteriewaren. Das erste Beispiel fiel in die Periode der brachialen Liquidierung von Produktionsstätten durch die Treuhand. Beim zweiten Beispiel konnte sie auf einen aktiven Betriebsrat und eine widerständige Belegschaft verweisen, die jedoch die Verschleuderung von Geldern und das Verschieben von Produktionsanlagen ins Ausland nicht verhindern konnten. Im dritten Falle handelt es sich um ein Paradebeispiel, wie ein zukunftsfähiger ostdeutscher Produktionszweig aus Konkurrenzgründen mit niederträchtigen Methoden kaputt gemacht wurde.

Hohe Symbolkraft kommt dem Widerstand in der Kaliindustrie zu, verbunden mit dem Namen Bischofferode, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens wurde hier derart eklatant wider jegliche wirtschaftliche Vernunft gehandelt und wurden derart vordergründig westliche Standort- und Kapitalinteressen bedient (auch seitens dortiger Gewerkschaftsfunktionäre), dass es selbst Parteigänger der Allianz für Deutschland empörte. Zweitens leisteten die Kalibergleute einen überaus energischen – auch vor dem Hungerstreik nicht zurückschreckenden – und zugleich ideenreichen Widerstand, der in allen Teilen Deutschlands aufmerksam verfolgt wurde. Darüber berichtete *Gerhard Jüttemann* (Holungen), der sich als wahrer Volkstribun an die Spitze dieser Bewegung gestellt hatte. Zwar blieb diesen Aktionen der durchschlagende Erfolg versagt, aber die Kalibergleute vermochten sich Abfindungen zu errotzen, von denen andere Entlassene und Ausgestoßene nur träumen konnten. Schließlich sprach *Willibald Jacob* (Berlin) darüber, was einen evangelischen Pfarrer veranlasste, sich der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte anzuschließen, was nicht den Beifall seiner Kirche fand. Er hob hervor, dass es neben allen wirtschaftlichen und sozialen Belangen immer auch um die Verteidigung der Menschenwürde, der Würde der von ihrer Arbeit lebenden Männer

und Frauen ging. Leider hatten sich Kolleginnen und Kollegen, die über die Seerederei Rostock, das Geräte- und Reglerwerk Leipzig und über das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder berichten wollten, aus triftigen Gründen entschuldigen müssen. Aber auch so zeichnete das Gebotene ein lebendiges Bild damaligen Geschehens und gab Stoff für die Diskussion.

Die Diskussion im Einzelnen wiederzugeben, würde diesen Bericht überfordern. Als Resümee des Berichterstatters lässt sich folgendes hervorheben:

Über die negative Rolle der Treuhandanstalt und deren weitreichende Folgen waren sich alle im Wesentlichen einig; Differenzen zeigten sich in der Beurteilung der Gegenkräfte. Noch im Nachhinein konnten die Tagungsteilnehmer die zeitgenössische gegenseitige Wahrnehmung von Akteuren aus Ost und West, von Vertretern unterschiedlicher Organisationen und gegensätzlicher Strömungen verfolgen. Doch wurden Kontroversen sehr sachlich, mit einer Debattenkultur ausgetragen, die anderenorts oft fehlt. Gerade bezüglich der Rolle der Gewerkschaften trafen in der Diskussion unterschiedliche Erfahrungswelten aufeinander. Hatten die einen in erster Linie den desolaten Zustand der FDGB-Nachfolgeorganisationen und den Vertrauensverlust ihrer Funktionäre in Erinnerung, so die anderen die Ausgrenzung ostdeutscher Kollegen durch Funktionäre des DGB und die Ostexpansion von Weststrukturen.

Die Geschehnisse brachten sehr widersprüchliche, mitunter sich auch rasch verändernde Entwicklungen hervor, deren Stellenwert noch der genaueren Ausleuchtung bedarf: Das betrifft die gerade auch in der ostdeutschen Arbeiterbevölkerung vorhandenen illusionären Erwartungen an eine „Wiedervereinigung“, die sich in Wahlergebnissen niederschlugen, welche den Crash-Kurs in die „Einheit“ überhaupt erst ermöglichten und klassenbewusste Arbeiter in der BRD enttäuschen mussten. Das äußerte sich als Prozess der Entsolidarisierung, denn zunächst agierte in der Regel jede Belegschaft für sich, und oft zerbrachen die Bande zwischen den Entlassenen und den in Arbeit verbliebenen Kolleginnen und Kollegen rasch. Da ging es um Standortvorteile, die westdeutsche Unternehmen auch mit Unterstützung von Gewerkschaften gegen ostdeutsche Belegschaftsinteressen durchsetzten, u. a. m. Dahinter stehen indes tiefer liegende Ursachen. Die von der SPD, dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften repräsentierte, mehr oder weniger linke Strömung der Bundesrepublik vermochte der Politik der Kohl-Regierung kein eigenes strategisches Konzept entgegenzusetzen. Die Forderung „Die Einheit sozial gestalten“ war gegenüber der allumfassenden Vereinnahmungs- und Entwicklungspolitik mit ihren innen- und außenpolitischen Komponenten

ein ziemlich bescheidenes und hilfloses Konzept. Auf ein Aufgreifen des zunächst basisdemokratischen Aufbruchs, wie er in der DDR eingesetzt hatte, wurde verzichtet. Organisationspolitisch liefen die Prozesse der Schaffung gesamtdeutscher Gewerkschaftsverbände und einer gesamtdeutschen Sozialdemokratie nicht wesentlich anders ab als auf staatspolitischer Ebene. Das birgt noch viel Diskussionsstoff. So bleibt zu hoffen, dass der geplante Band mit den Erträgen dieser Tagung bald erscheint und die weiteren Erörterungen befruchtet.